

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 1. —

(No. 1331.)

T a r i f,

nach welchem das Brückengeld bei den Bartsch-Brücken zu Rühen zu erheben ist.
(Vom 12ten November 1831.)

Es wird entrichtet:

- 1) Vom Fuhrwerke:
 - a) vom beladenen, für jedes Zugthier 9 Pfennige
 - b) vom unbeladenen, für jedes Zugthier 3 =
- 2) Von ledigen Pferden und Maulthierern, mit oder ohne Reiter
oder Last, von jedem 3 =
- 3) Von einem Fußgänger 1 =
- 4) Von einem Fußgänger mit einem Schubkarren oder Radwer.. 3 =
- 5) Von Ochsen, Kühen, Rindern, vom Stücke 3 =
- 6) Von Schweinen, Schaafen, Ziegen, vom Stücke 1 =

A n m e r k u n g.

Ein Lastfuhrwerk wird für beladen angenommen, wenn, außer den Zugehörungen desselben und Futter für höchstens drei Tage, an andern Gegenständen mehr als die Ladung eines Schubkarrens, nämlich zwei Zentner, sich auf demselben befindet.

B e f r e i u n g e n.

Brückengeld wird nicht erhoben:

- 1) Von Pferden und Maulthierern, welche den Hofhaltungen des Königlichen Hauses angehören;
- 2) vom Armee-Fuhrwerke und von Fuhrwerken und Thieren, welche Militair auf dem Marsch bei sich führt;
- 3) von öffentlichen Beamten auf Dienstreisen;

Abgang 1832. — (No. 1331 — 1332.)

2

4) von

- 4) von öffentlichen Kouriers, imgleichen von ordinären Reit-, Kariol-, Fahr- und Schnellposten;
 - 5) von Transporten, die für unmittelbare Rechnung der Regierung geschehen;
 - 6) von Feuerlöschungs-, Kreis- und Gemeine-Hülfsfuhrn, imgleichen von Armen- und Arrestanten-Fuhrn;
 - 7) von Kirchen- und Leichenfuhrn;
 - 8) von Fuhrwerken, welche der Herrschaft und den Orts-Einwohnern gehören.
- Gegeben Berlin, den 12ten November 1831.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Schuckmann. Maassen.

(No. 1332.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 11ten Dezember 1831., betreffend die Allerhöchsten Bestimmungen hinsichtlich der Abpfändung baarer Gelder gegen Civilbeamte, so wie Offiziere und Militair-Beamte, imgleichen wegen deren Anwendung auf die Pensionen der Offiziere, der Militair- und Civilbeamten.

Da Zweifel entstanden sind, ob Civilbeamte, so wie Offiziere und Militair-Beamte, wenn Exekutionen gegen sie verfügt sind, gegen die Pfändung des bei ihnen vorgefundenen baaren Geldes mit dem Einwande gehört werden müssen, daß dasselbe aus dem gesetzlich der Exekution nicht unterworfenen Theile ihres Dienst-Einkommens herrühre: so erkläre Ich, auf den Antrag des Justiz-Ministeriums und nach dem Gutachten des Staatsministeriums, daß das bei solchen Schuldnern sich vorfindende baare Geld bis auf Höhe derjenigen Summe, welche dem Betrage des gesetzlich frei bleibenden Theils des Dienst-Einkommens für den Zeitraum von der Exekution bis zum nächsten Termin der Gehaltszahlung gleichkommt, der Auspfändung nicht unterworfen seyn soll. Auch auf die Pensionen der Offiziere, der Militair- und der Civilbeamten, soll diese Bestimmung Anwendung finden, eine rückwirkende Kraft aber auf bereits vollzogene Auspfändungen ihr nicht beigelegt werden. Das Staatsministerium hat den gegenwärtigen Erlaß durch die Gesetzsammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, und das Justizministerium die Gerichtshöfe mit den etwa erforderlichen näheren Vorschriften zu versehen.

Berlin, den 11ten Dezember 1831.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 1333.) Gesetz, über Präklusion fiskalischer Ansprüche in der Rheinprovinz. Vom
18ten Dezember 1831.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

haben auf den Antrag der Stände Unserer Rheinprovinz ihnen bereits in dem
Landtagsabschiede vom 15ten Juli 1829., die Feststellung eines Normal-Termins
zum Schutze gegen Ansprüche des Fiskus aus der Zeit vor dem 1sten Januar 1815.
herrührend, zugesichert, und ein deshalb zu erlassendes Gesetz verheißen.

Diesem gemäß verordnen Wir auf den Bericht Unseres Staatsministeriums
und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsrathes:

§. 1.

Gegen die Ansprüche des Fiskus soll in der Rheinprovinz ein Jeder
geschützt seyn, welcher erweislich am 1sten Januar 1815. oder schon vor diesem
Zeitpunkt eine Sache oder ein Recht, oder auch die Freiheit von einer Realberech-
tigung ruhig besessen hat.

Jedoch findet diese Bestimmung keine Anwendung, wenn gegen einen
solchen Besitzer oder seine Rechtsvorfahren, wegen dieses Besitzes vor dem Schlusse
des Jahres 1829. von Seiten des Fiskus geklagt worden.

§. 2.

Desgleichen sollen alle vor dem 1sten Januar 1815. entstandene Renten-
oder Schuld-Forderungen des Fiskus, welche nach diesem Zeitpunkt bis zum
Ende des Jahres 1829. weder von dem Fiskus eingeklagt, noch von den
Schuldnern anerkannt worden sind, auch ferner nicht geltend gemacht werden.

§. 3.

Als Klage des Fiskus (§§. 1. und 2.) soll es betrachtet werden, wenn
auch nur eine Ladung oder ein Zahlungsbefehl ergangen, oder ein Beschlagnahme-
gebot, und das eine oder das andere gehörig zugestellt worden.

§. 4.

Durch dieses Gesetz erhält jedoch Niemand die Befugniß, seinen Besitztitel
willkürlich zu verändern, und es können daher durch dasselbe diejenigen, welche
am 1sten Januar 1815. nur pfandweise, wiederkäuflich, als Erbzins, oder
mit anderen rechtlichen Beschränkungen eine Sache oder Berechtigung besaßen,
kein größeres Recht begründen.

§. 5.

Es finden die vorstehenden Bestimmungen auch auf das verheimlichte Staatsgut Anwendung, was nach der Kabinettsorder vom 23ten Mai 1818., wenn es entdeckt werden möchte, den Ortskirchen überlassen werden sollte, worunter auch das von aufgehobenen geistlichen Korporationen oder Stiftungen herrührende Gut begriffen ist.

§. 6.

Auf Hoheitsrechte und die daraus entspringenden Ansprüche des Fiskus findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Berlin, den 18ten Dezember 1831.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Carl, Herzog von Mecklenburg.

Maassen. Frh. v. Brenn. v. Kampff.

Beglaubigt:

Griese.